

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

## Alternativloser Rettungsplan Bundestag und Bundesrat beschließen Griechenlandhilfe

Um unsere eigenen Interessen zu wahren, hat sich Deutschland zur Griechenlandhilfe entschlossen. Diese Entscheidung fiel nicht leicht, da erhebliches Eigenverschulden in Athen für die Krise verantwortlich ist, die nun ganz Europa zu überrollen droht. Lange Zeit herrschte deshalb auch in der Union die verständliche Ansicht vor, keinesfalls den deutschen Steuerzahler für Versäumnisse Dritter büßen zu lassen. Und noch vor wenigen Ausgaben des Berlin Aktuell lautete die Schlagzeile auch hier beruhigend „Keine EU-Hilfen für Griechenland“.

Doch die Entwicklung der vergangenen Wochen hat gezeigt, dass umgedacht werden musste. Übrigens nicht trotz, sondern gerade wegen der Pflicht, zuvörderst unser eigenes Land vor den schlimmen Weiterungen der Krise zu schützen. Aus unserer eigenen nationalen Interessenlage heraus erweist sich die Hilfe für Griechenland nach allen nun offenbaren Fakten als nötig, ja alternativlos.



Wenn wir jetzt der Regierung in Athen die Solidarität verweigern, obwohl sie zu brutalst möglichen Spareinschnitten entschlossen ist, die wir bei uns in Deutschland so kaum hinbekämen, sind spätere Interventionen zu tätigen, die Deutschland noch teurer zu stehen kommen würden.



Helfen wir daher, solange wir es noch zu gerade noch stemmbaren finanziellen Bedingungen können, und nicht erst, wenn wir es durch den Zwang der Umstände zu Kosten tun müssen, die unseren eigenen Ruin bedeuteten.

Diese Tatsache muss sich jeder klarmachen, der emotional zu der vordergründig verständlichen, aber eben zu kurz gedachten Einstellung neigt, Hilfe für die Griechen sei grundsätzlich falsch und bedeute, die „Liedrigkeit der Südländer“ zu unterstützen.

Nun zu den Details: Die 15 übrigen Staaten des Euro-Währungsgebietes und der Internationalen Währungsfonds vergeben an die Griechen Darlehen in Höhe von 110 Milliarden Euro in den kommenden drei Jahren, um eine Zahlungsunfähigkeit Athens, die die Finanzstabilität in der gesamten Europäischen Währungsunion gefährden würde, abzuwenden. Bei dem „Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz“, das den deutschen Beitrag in Höhe von 22,4 Mrd. Euro rechtlich absichert, geht es allerdings nicht darum, das Geld auch auszubezahlen. Vielmehr wird der Kreditanstalt für Wiederaufbau ermöglicht, Darlehen aufzunehmen, die sie mit einem Zinsaufschlag an Griechenland weitergibt.

**Somit entstehen für Deutschland zunächst überhaupt keine Kosten!**

Mit dieser Maßnahme soll die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in den nächsten drei Jahren wieder hergestellt werden.

Die erste Lesung des Gesetzes fand an diesem Mittwoch nach der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel statt.



(Managt beherrscht die Krise, deren Verursacher anderswo zu suchen sind, deren Folgen aber Deutschland hier und heute betreffen und es zwingend nötig machen zu handeln: Kanzlerin Merkel)

Es gehe um nicht mehr und nicht weniger "als um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa", sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung. Sie stellte außerdem klar, für die in Rede stehenden Kredite „bürgt in letzter Konsequenz der Steuerzahler, also wir alle“.

Im Gegenzug hat sich Griechenland zu umfassenden Eigenanstrengungen und harten Maßnahmen verpflichtet. Die Umsetzung des Programms der griechischen Regierung wird vierteljährlich vom Internationalen Währungsfonds überwacht und die Auszahlung weiterer Kredittranchen daran geknüpft. Im ersten Jahr werden 8,4 Milliarden Euro Kredite der KfW gegeben, in den beiden folgenden Jahren noch einmal 14 Milliarden Euro.

**Wichtiger Hinweis zur „Schuldfrage“:**

Nach Lage der Dinge hätte Athen niemals Mitglied in der Währungsunion werden dürfen. Die heutigen Existenznöte des Landes hängen nämlich ursächlich mit der unzureichenden Vorbereitung Griechenlands auf die Anforderungen der Euro-Zone für alle Beitrittswilligen zusammen. Angela Merkel erinnerte daher zu Recht an die Debatte um den Beitritt Athens zur Eurozone im Jahr 2000. Damals habe es Skepsis und Zweifel gegeben, die sich heute als berechtigt herausstellten. CDU und CSU hätten dem Beitritt Griechenlands damals denn auch ausdrücklich nicht zugestimmt. Es war vielmehr die rot-grüne Schröder-Regierung, die Athens Aufnahme politisch gefordert und schließlich auch gegen unseren Widerstand durchgedrückt hat.



(Hat gut lachen: Ex-Kanzler Schröder. Wieder wird eine seiner Fehlentscheidungen dem Volk erst bewusst, nachdem er längst den Posten gewechselt hat)

**Konsequenzen für die Zukunft:**

CDU/CSU-Fraktionschef Kauder verlangte in seinem Redebeitrag neue Regeln in der EU für eine geordnete Insolvenz für Euro-Staaten, die von

Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Zukünftig dürfe es bei einer Entscheidung, wer Mitglied der Europäischen Union oder Mitglied der Eurozone werde, nur nach klaren Fakten und nicht nach politischen Überzeugungen gehen.

"Es darf keine Geschenke geben, wenn es um die Stabilität unseres Euro geht", sagte der Fraktionsvorsitzende.

Nach Beratungen im federführenden Haushaltsausschuss wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung an diesem Freitag abschließend im Deutschen Bundestag debattiert.



(Plädierte überzeugend für die Griechenland-Hilfe: Finanzminister Wolfgang Schäuble)

Der Hauptredner der Union, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, bezeichnete die deutsche Griechenland-Hilfe als alternativlos und rief erneut auch die SPD auf, gemeinsam mit der schwarz-gelben Koalition und den Grünen für das Paket zu stimmen. Leider vergeblich – die SPD, die im Jahr 2000, wie gesehen, den Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone forcierte, schlägt sich nun in die Büsche und verweigert sich der ihr eigentlich zukommenden Mitverantwortung. Dem von der christlich-liberalen Koalition eingebrachten Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion und damit den international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung

des Euro mochte sie heute nicht zustimmen und griff auf das in diesem Fall eindeutig lendenlahmschwächlich einzustufende Instrument der Enthaltung zurück. Sie beweist damit einmal mehr ihre entschiedene Ratlosigkeit und ihr Unvermögen, konstruktiv für oder gegen etwas zu sein.

Mehrheitlich zugestimmt hat der Griechenlandhilfe nach dem Bundestag auch der Bundesrat in seiner heutigen Sitzung, sodass die parlamentarischen Hürden für das Gesetz genommen sind.

#### **WEITERE THEMEN DER WOCHE:**

- Enquete-Kommission Internet konstituiert
- Anpassung der Solarvergütungssätze
- Job-Center-Reform

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch vom Berliner Büro Thomas Strobls unter 030 / 227 72542.

#### **AKTIVITÄTEN DER LANDESGRUPPE:**

##### **Gespräch mit Deutscher Bahn**

Am 4. Mai traf sich die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg mit der Spitze der Deutschen Bahn in Berlin. Mehdorn-Nachfolger Rüdiger Grube empfing die von Thomas Strobl angeführten Parlamentarier im Bahn-Tower am Potsdamer Platz.



(Landesgruppenchef Strobl verdeutlicht Bahnboss Grube nachdrücklich die Gravamina im baden-württembergischen Schienenverkehr und fordert nachhaltige Verbesserungen)

Gegenstand des Arbeitstreffens war die ausführliche Erörterung der Schienenproblematik im „Ländle“. Insbesondere Landesgruppenchef Strobl machte deutlich, dass es hier drängenden Investitionsbedarf gibt und die Bahn in der Pflicht stehe, Verbesserungen vorzunehmen.



Bahn-Chef Grube zeigte sich offen für die Forderungen und versprach, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die berechtigten baden-württembergischen Interessen angemessen zu berücksichtigen. Die Ernsthaftigkeit dieser Zusage scheint gesichert. Jedenfalls gibt es bereits erste Erfolge bei der Frankenbahn.

### **Gute Nachricht in Sachen Frankenbahn**

Bereits beim nächsten Fahrplanwechsel wird es eine signifikante Verbesserung auf dieser für den Wahlkreis Heilbronn wichtigen Strecke in Richtung Stundentakt geben, was den Regionalexpress angeht.



Es wird auch Verbesserungen geben für den Regionalbahnverkehr, was insbesondere im Interesse kleinerer Gemeinden an der Strecke sein dürfte, und es wird - vorerst nur am Wochenende - auch zum Einsatz neuer Doppelstockwaggons kommen. Ab 2015 wird dann der Stundentakt definitiv eingeführt. Außerdem wird bis dahin auch eine systematische Verbesserung des gesamten Wagenmaterials stattfinden. Dies ist eine gute Nachricht für Heilbronn und sein Umland. Auf weitere gute Nachrichten für Baden-Württemberg insgesamt darf man gespannt sein. Jedenfalls wird die Landesgruppe weiter hart dafür arbeiten, dass es solche Nachrichten gibt.



(Fest im Griff: Thomas Strobl nimmt Rüdiger Grube bei der Hand und ist entschlossen, den Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG auch künftig nicht aus der Pflicht zu entlassen, den Schienenverkehr im Land innovativ voranzubringen)

### **BESUCHER AUS DEM WAHLKREIS**

#### **Handballjugend:**

Die Mädchenhandballmannschaft der Helmbundschule Neuenstadt weilte diese Woche zu Besuch in Berlin. Sie hatte im Sportwettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“ die Endrunde erreicht. Das Finale wurde in Turnierform in der Hauptstadt ausgetragen und die Unterländerinnen erreichten eine beachtliche Schlussplatzierung.



Auf besonderen Wunsch von Lehrern, Schülern und begleitenden Eltern betätigten sich die Besucher aber nicht nur sportlich, sondern nutzten den Aufenthalt im politischen Herzen Deutschlands auch zu einem Besuch im Bundestag.

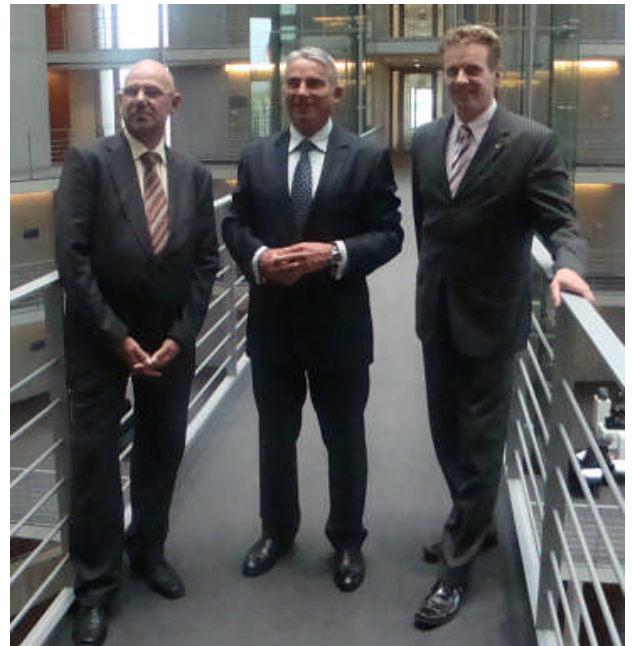


Dort empfing sie Thomas Strobl und diskutierte mit den interessierten Gästen so unterschiedliche Themen wie Wahlrecht, Finanzpolitik und die Frage, ob der Wehr-/Zivildienst auch für Frauen verpflichtend werden sollte, was die Mädchen aus Neuenstadt übrigens unisono verneinten.

#### **Wirtschaftsjunioren:**

Ebenfalls zu Gast im Bundestag waren zwei Wirtschaftsjunioren der Region. Die beiden selbstständigen Unternehmensberater Zott und Kaiser aus Neckarsulm, deren Büro im Stadtteil Obereisesheim liegt, begleiteten Thomas Strobl im Rahmen der alljährlichen Hauptstadtbegegnung von Wirtschaftsjunioren mit ihren Volksvertretern auf meh-

rere politische Termine und sprachen über ökonomische und gesellschaftspolitische Fragen.



Die beiden Gäste zeigten sich von ihrem Aufenthalt und der organisatorischen Hilfe des Büros von Thomas Strobl, insbesondere von Frau Standke, sehr angetan und vermachten allen Mitarbeitern und Thomas Strobl selbst als Gastgeschenk jeweils eine schöne Nachbildung der Bronzeplastik Götze von Berlichingen. Herr Kaiser hatte sie ausgesucht, weil er den „mutigen Streiter“ mit der eisernen Faust bewundert und außerdem in Berlichingen sein Privathaus hat. Eine subtile Anspielung auf das „Götz-Zitat“ mit Blick auf die heutige Politik sei damit nicht verbunden, wie Herr Kaiser lachend versicherte.

#### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



#### **Stabwechsel im Vermittlungsausschuss:**

## **Thomas Strobl übernimmt Vorsitz von Jens Böhrnsen (Mitteilung vom 29.04.2010)**

Seit 27. April ist der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, amtierender Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat. Der Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Heilbronn war bereits im Januar gewählt worden, hatte jedoch gemäß den in diesem Verfassungsorgan üblichen Usancen einer alternierenden Geschäftsführung seinem Co-Vorsitzenden von Länderseite, dem Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen, die erste Amtsperiode überlassen.

Nun ist Thomas Strobl selbst „dran“ und wird für die nächsten drei Monate die Geschicke des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat unmittelbar leiten, bis Ende Juli wieder der Bremer Bürgermeister den Stab übernimmt.

„Dieser regelmäßige Wechsel im Vorsitz ist arbeitstechnisch hilfreich, vor allem aber notwendig, um die Gleichrangigkeit von Bundestag und Bundesrat zu betonen“, sagte Thomas Strobl, der sich intensiv auf sein neues Amt vorbereitet hat und der erste CDU-Politiker aus Baden-Württemberg seit Kurt-Georg Kiesinger ist, dem diese bedeutende Vermittleraufgabe übertragen wurde.

Der in Artikel 77 des Grundgesetzes vorgesehene Vermittlungsausschuss ist der gemeinsame Ausschuss von Deutschem Bundestag und Bundesrat. Ihm gehören jeweils 16 Mitglieder des Bundestages – die entsprechend der Fraktionsstärke im Parlament aufgeteilt werden – und des Bundesrates – eines für jedes Land – an. Seine Aufgabe ist es, zwischen dem Parlament und der Länderkammer zu vermitteln, wenn es zwischen Bundestag und Bundesrat zu einem Streit über den Inhalt einer Gesetzgebung kommt. Ein besonderes Gewicht kommt ihm zu, weil in Bundestag und Bundesrat zu den im Vermittlungsausschuss behandelten Themen nur über den dort ausgehandelten Kompromiss abgestimmt wird und andere Anträge zur jeweiligen Sache nicht zulässig sind.

## **Berliner SPD-Chef mit Fehlwahrnehmung:**

## **Thomas Strobl MdB weist Wowereits Angriffe scharf zurück (Mitteilung vom 30.04.2010)**

Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, weist die Angriffe von Klaus Wowereit gegen den CDU-Landesvorsitzenden Ministerpräsident Stefan Mappus MdL scharf zurück: „Ich hätte nicht erwartet, dass jemand eine solche falsche Wahrnehmung haben kann und in seinem politischen Urteil so falsch liegen kann, wie Herr Wowereit dies jetzt getan hat.“ Berlins Regierender Bürgermeister hatte in einem dpa-Interview unter anderem unterstellt, die baden-württembergische Landesregierung von Ministerpräsident Mappus wolle gemeinsam mit Bayern und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich klagen, weil „in Stuttgart die finanzpolitischen Hausaufgaben nicht gemacht wurden“.

„Baden-Württemberg war im Länderfinanzausgleich stets Geberland, während Berlin Jahr für Jahr mehr als zwei Milliarden Euro in Empfang nimmt und am Tropf der Geberländer hängt“, so Thomas Strobl: „Wenn man sich das vor Augen führt, sieht man glasklar, wer seine Hausaufgaben gemacht hat und wer nicht.“ Der Generalsekretär erinnert zudem daran, dass die inzwischen im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse in Baden-Württemberg erfunden worden und das Land 2008 und 2009 ganz ohne neue Schulden ausgekommen ist: „Baden-Württemberg und die CDU in Baden-Württemberg stehen für eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik.“

Offenbar habe Berlins Regierender Bürgermeister Angst, selbst eine solide Haushaltspolitik betreiben zu müssen, wenn die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht Erfolg hat: „Herr Wowereit mag sich ja in der Rolle des Sprücheklopfers gefallen, der mit läppisch-absurden Slogans wie ‚Arm aber sexy‘ auf dem Boulevard gut ankommen will. Eine vernünftige Finanzpolitik macht man so aber nicht – und mit diesen Aussagen hat er übrigens auch gezeigt, dass er sich und seiner rot-dunkelroten Regierung die auch gar nicht zutraut.“

## **Zitat zum Schluss:**

«Dies ist ärmlich und erbärmlich.»

(Unionsfraktionsvorsitzender Volker Kauder am Donnerstag in Berlin über die gescheiterten Verhandlungen mit der SPD für eine gemeinsame Entschließung zur deutschen Griechenland-Hilfe)

